

Archäologen bleiben konservativ

Verbandsversammlung im Stil einer Aktionärsversammlung

AUGSBURG. An der Wiege des Deutschen Archäologen-Verbandes, der 1969 in Bonn gegründet wurde, stand eine entschieden politische Absicht: man wollte die Praxis des im Fach noch immer allgewaltigen Deutschen Archäologischen Institutes demokratisieren. Vor allem: eine nach demokratischen Grundsätzen aufgebaute Berufsorganisation sollte entstehen. Der diesjährige Kongreß in Augsburg zeigte, daß der Reformelan geschickt von einer Verbandsspitze eingefangen wurde, der es nach wie vor um Anpassung an das Deutsche Archäologische Institut geht. Selbst die Diskussion um den Fall Luschey-Demandt wurde abgelehnt. Professor Luschey hatte im „Spiegel“ (Nr. 51, 1971) den Stipendiaten Demandt gemaßregelt: Demandt „verdankt es dem Deutschen Archäologischen Institut, dem er wenig Ehre einlegt, daß er ein Reisestipendium bekam... Wir haben... Demandt ein Stipendium gegeben, den Iran zu besuchen, und nicht, um S. M. dem Schah frech zu kommen.“

Es war ein Kongreß der perfekt verhinderten Kontroverse — nicht unähnlich Aktionärsversammlungen. Das erreichte der Vorstand durch eine Tagesordnung, die fast vollständig mit Vorträgen ausgefüllt war. Jeder Versuch einer Neubestimmung des Faches aus den Bedingungen, die das veränderte Berufsleben und neues Wissenschaftsverständnis mit sich bringt, war damit zum Scheitern verurteilt. Bei der auf Minuten zusammengeschrumpften Diskussion der Berichte des Vorstandes und vor allem der Referate blieb die Frage, warum Archäologie für weitere Kreise wichtig werden könnte, völlig unberücksichtigt.

Ohne Echo blieb auch einer der wenigen Lichtpunkte: das ausgezeichnete Referat von Gertrud Platz-Horster und Frau Kammerer-Grothaus (Berlin). Sie machten klar, daß steigende Besucherzahlen in Museen nicht das wichtigste Ziel der Öffentlichkeitsarbeit sein dürfen. Sie berichteten über ihre Arbeit mit Schülern und Kindern im Antikemuseum in Berlin und stellten als einzige die Frage „Warum Öffentlichkeitsarbeit?“ Ziele: Aufzeigen von Alternativen zu unseren derzeitigen Vorstellungen und Denkkategorien, also Relativierung unserer eigenen Situation. Die kurze Debatte verlagerte sich jedoch auf das Zauberwort „Integration“. Keine weitere Andeutung, daß es notwendig wäre zu überprüfen, ob sich damit lediglich ein Dienstleistungsbetrieb entwickeln könnte, der Kellers und Dänikens sowie vor allem weitere kritiklose „Einfleischung“ von Herrschaftsmythen der Vergangenheit produziere. Der neugewählte Verbandsvorsitzende, Professor Wolfgang Fuchs (Tübingen), bestand auf positivistischem Wissenschaftsverständnis. Sein Kernspruch: „Lehre ist für mich die Vermittlung positiven Wissens.“

Mehrfach rügte der Vorstand die Mitglieder: sie hätten im Laufe des Jahres kaum Initiative gezeigt. Kein Wunder: Kommissionen werden laut Satzung vom Vorstand gegründet. Die Aktivität solcher Projektgremien unterliegt also weitgehend der Kontrolle durch die Verbandsspitze. Ein entsprechender Satzungsänderungsantrag wurde nicht behandelt. Auch Abänderungsanträge zur Tagesordnung, die Verlängerung der Verfahrensdebatte

forderten, fielen durch: Es sei niemandem zuzumuten, sich „tagelang“ mit Verfahrensfragen zu beschäftigen. Verfahrensfragen als die politische Seite der Wissenschaft kommt in den Augen der meist konservativen Archäologen nur geringer Wert zu, verglichen mit den „eigentlichen“, den „vornehmen“ Aufgaben der Wissenschaft.

Die Misere der Archäologie ist kein Einzelfall, sondern typisch für viele kleine Wissenschaftszweige: es gibt zu wenige Stellenangebote; fast jeder kennt jeden, was erhebliche Kontrolle mit sich bringt; der Einfluß auf Karriere, Mittelvergabe, Forschung und Publikationswesen ist zentralisiert. Dies führt — in der Formulierung eines resignierenden Oppositionellen — zur „Erziehung von Hürdenläufern, die vor den Grand Old Men bestehen müssen und ihren Elan dabei verschleifen. Wer sich nicht einfügt, begeht beruflichen Selbstmord“. In diesem Fach bleibt Geschichte als kritische Herausforderung, wie sie ein einziges Referat verstand, wohl einstweilen eine Utopie.

Ein weiterer Eklat: Die Mehrheit der glücklich Versorgten fühlte keine Lust, sich mit der Misere einer Minderheit von Unversorgten (Arbeitslosen und nur vorläufig Beschäftigten) zu befassen. ROLAND GÜNTER